



Sanierung Bahnhofgürtel 60: Alt (links) und Neu (rechts).



Nach dem Einzug Kalteneppers in den Landtag setzte Elke Kahr die soziale Wohnungspolitik der Grazer KPÖ erfolgreich fort.



WORTUNG FÜR WOHNUNGSRESSORT IN GRAZ

# Wohnungspolitik der KPÖ

bezeichnete. Die Klage wurde abgewiesen, weil ich meine Behauptungen glaubhaft belegen konnte", schmunzelt Kaltenegger.

## Billigere Mieten

1992 richtete die Grazer KPÖ den Mieternotruf ein. Zugleich wurde ein Rechtshilfefonds für Spekulantopfer ins Leben gerufen. Neben dem Engagement für private Mieter begann die KPÖ 1996, sich der Situation bei den Gemeindewohnungen anzunehmen. Dort waren die Mieten zu hoch, viele Mieter bezahlten 50% und mehr ihres Einkommens fürs Wohnen. Die KPÖ-Forderung, dass niemand

mehr als ein Drittel seines Einkommens fürs Wohnen ausgeben sollte, wurde erst im Gemeinderat beschlossen, nachdem die KPÖ in kurzer Zeit 17.000 Unterschriften gesammelt hatte. Dazu kam ein Mietzins-Zuzahlungsmodell für Mieter/innen mit besonders kleinen Einkommen.

1999 wurden die Mieten um 10% gesenkt. Jedenfalls: Seit die KPÖ seit 1998 für das Wohnungsressort zuständig ist, geht es aufwärts.

## Bad für jede Wohnung

Als die KPÖ 1998 das Wohnungsressort übernahm, gab es einen enormen Sanierungs-

bedarf: Mehr als 1000 Gemeindewohnungen hatten kein Bad, hunderte das WC am Gang. Die Bausubstanz war schlecht. Viele Wohnungen waren seit ihrer Errichtung in den 30er Jahren nicht saniert worden. 2002 startete das Projekt „Auch das ist Kultur: Ein Bad für jede Gemeindewohnung!“ als Bereicherung für die Kulturhauptstadt 2003.

„Diese Sanierungen gehen weiter“, sagt Elke Kahr, seit 2005 Nachfolgerin Kalteneppers als KPÖ Wohnungsstadträtin. Sie kämpft weiter für die Mieter/innen. So drohte schon 2003 der Verkauf der Gemeindewohnun-

gen, aber mit der Unterstützung Tausender Grazer/innen konnte dies verhindert werden konnte. Die KPÖ bleibt wachsam, denn heuer waren erneut derartige Ideen zu hören.

Eine für ersten Oktober 2008 vorgesehene Erhöhung der Kategoriemieten wurde auf Initiative der KPÖ verhindert.

Wachsam bleibt man auch, wenn es um die Probleme der Menschen geht. Und hilft mit dem eigenen Geld nach. Zum Beispiel, um eine Delogierung zu verhindern, weil die Miete nicht bezahlt werden kann – ein immer häufiger auftretendes Problem.